

Protestcamp von Castorgegnern verboten

Polizei untersagt Lager der Bäuerlichen Notgemeinschaft. Landwirte klagen gegen Ausnahmezustand

Max Eckart

Wenige Tage vor dem Start des Castortransportes ins Wendland haben sich die Konflikte zwischen Atomkraftgegnern und der Polizei verschärft. Die Polizei untersagte der Bäuerlichen Notgemeinschaft, in der Ortschaft Gusborn ein Protestcamp zu errichten. Zur Begründung verwies ein Polizeisprecher auf eine »Gefahrenprognose« der Einsatzleitung. Demnach sei nicht auszuschließen, daß das Camp Ausgangspunkt für Blockadeaktionen gegen den Atommülltransport werden könnte. Weitere Angaben machte der Polizeisprecher nicht. Es handele sich um ein »schwebendes Verfahren«, weil die atomkraftkritischen Landwirte eine Klage gegen das Verbot angekündigt hätten.

Die Bäuerliche Notgemeinschaft wollte in dem Camp eine Dauermahnwache einrichten und von dort aus am Samstag mit Traktoren zur Großdemonstration nach Dannenberg tuckern. Zahlreiche Künstler, die einen Aufruf zu Protestaktionen gegen den Castortransport unterschrieben haben, wollten auf den Traktoren mitfahren.

Nach Angaben der Notgemeinschaft hat die Polizei außer dem Camp auch die Benutzung der Landesstraße zwischen Dannenberg und Gorleben für die Traktoren als Zufahrt zur Kundgebung untersagt. Die Einsatzleitung schein das Ziel zu verfolgen, die Region Dannenberg nahezu komplett und weiträumig vom Straßenverkehr abzuriegeln und den Zugang zur Auftaktkundgebung zu erschweren. Über den nördlichen Teil des Landkreises habe die Polizei »eine Art Ausnahmezustand« verhängt, kritisierten die Landwirte.

Weitere Camps der Atomkraftgegner waren zunächst nicht von Verboten betroffen. Entlang der Castortransportstrecke wollen Antiatomgruppen und Parteien in den nächsten Tagen mehrere Zeltlager und Infopunkte errichten. Zu den Protesten werden am kommenden Wochenende im Wendland Zehntausende Menschen erwartet.